



**Oliver Grimm**  
**Stellv. Pressesprecher**  
Telefon (0511) 30 30-4005  
Telefax (0511) 30 30-4808  
Mobil: (0160) 90 14 11 29

[oliver.grimm@lt.niedersachsen.de](mailto:oliver.grimm@lt.niedersachsen.de)  
[www.spd-fraktion-niedersachsen.de](http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de)



**Ralph Makolla**  
**Stellv. Pressesprecher**  
Telefon (0511) 3030 - 4118  
Telefax (0511) 3030 - 4854  
Mobil (0172) 599 56 32

[ralph.makolla@lt.niedersachsen.de](mailto:ralph.makolla@lt.niedersachsen.de)  
[www.cdu-fraktion-niedersachsen.de](http://www.cdu-fraktion-niedersachsen.de)  
[www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds](https://www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds)

**Pressemitteilung**  
**Nummer 18/096**

26. April 2018

## **Watermann und Schönemann: Neues Polizei- und Ordnungsbehördengesetz wird Sicherheit im Land weiter verbessern**

Die Innenpolitiker von SPD und CDU, Uli Watermann und Uwe Schönemann, haben heute zusammen mit Innenminister Boris Pistorius die Grundzüge der Einigung über ein neues Polizei- und Ordnungsrecht für Niedersachsen vorgestellt.

„Das neue Polizei- und Ordnungsbehördengesetz wird noch vor der Sommerpause in den Niedersächsischen Landtag eingebracht. Damit setzen wir den Koalitionsvertrag konsequent um und stärken die Innere Sicherheit in Niedersachsen. Zugleich ermöglichen wir eine breite parlamentarische Debatte“, so die beiden Abgeordneten.

Die neuen Instrumente zur Terrorbekämpfung und zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität werden rechtssicher implementiert. „Uns ist ein ausgewogener Kompromiss zwischen Sicherheitsinteressen und

Grundrechtsschutz gelungen“, erklärt der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Uli Watermann.

Uwe Schünemann, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, erläutert: „Wir haben uns in vielen Bereichen eng an den Regelungen des BKA-Gesetzes auf Bundesebene orientiert und nur dort die Kompetenzen der Sicherheitsbehörden ausgeweitet, wo die Polizei es neben terroristischen Gefahrenlagen mit Gefahren durch drohende besonders schwere Straftaten zu tun hat.“

Beide Abgeordneten sind sich einig, dass es gelungen ist, in sehr intensiven, vertrauensvollen und konstruktiven Verhandlungen in der letzten Woche Lösungen für die zuvor noch strittigen Fragen zu finden. „Wir wollen, dass die Menschen in Niedersachsen auch in Zukunft in einem sicheren Land leben und sich hier sicher fühlen können. Das neue Polizei- und Ordnungsbehördengesetz wird dazu einen wichtigen Beitrag leisten“, so die Innenpolitiker der Regierungsfractionen.